

## Rede im Rat zu Bussche-Kessel-Weg

9.06.2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Anwesende,

mit dem heute zum Beschluss vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP sowie den zu beschließenden Bebauungsplänen hat der Rat es in der Hand, einen vorläufigen Endpunkt hinter das Kapitel Bussche-Kessel-Weg zu setzen und damit zugleich ein neues stadtentwicklungspolitisches Kapitel aufzuschlagen. Und dies geschieht auf Grundlage des Kompromisses der drei Fraktionen, die sich in diesem Antrag zusammengefunden haben. Ein Kompromiss, bei dem alle für sich Abstriche machen mussten. Aber nur so waren die Ziele zu erreichen, die wir hatten.

Ziel eins: Dauerhafte Rettung der Kleingartenanlage Bussche-Kessel-Weg. Wer hätte das noch geglaubt? Und wie kam es jetzt dazu? Seit letztem Jahr, 2021, haben wir es per Rechtsgutachten schriftlich, der bisherige Bebauungsplan ist rechtsunwirksam. Nicht die Verwaltung, sondern nur wir, der Rat, kann mittels der deklaratorischen Aufhebung notwendige Korrekturen entschädigungsfrei einleiten. Dazu dient der heutige Beschluss. Wir wollen den Fehler beheben, diesen B-Plan aufheben und damit zugleich die Chance zum dauerhaften Erhalt der Kleingartenanlage nutzen. Das ist es, was wir Grüne den Kleingärtner:innen immer auch versprochen hatten. Und das ist auch der breite Wille der hier anwesenden Fraktionen. Oder etwa nicht? Denn politische Wahrheit an dieser Stelle ist ja: der dauerhafte Erhalt kann nur mit dem hier vorliegenden Kompromiss gelingen! Für andere Vorschläge gibt es keine Mehrheiten. Denn die Interessen sind sehr unterschiedlich. Allein die Fraktion der CDU, dies sei an dieser Stelle erinnert, war ja nicht immer für einen dauerhaften Erhalt der Kleingartenanlage. Die CDU wollte sich die Fläche mittel- bis langfristig für eine mögliche Wohnbebauung vorbehalten.

Zum heutigen Kompromiss gehört, dass mit Erhalt der Kleingartenanlage potenzielle Gewerbefläche wegfällt, die wir zugleich mit unserem Vorschlag kompensieren wollen. Wie wir wissen, muss die Stadt auch gegenüber der Bezirksregierung ausreichend Gewerbepotenziale darstellen.

Damit ist Ziel zwei benannt. Für die Gewerbeflächenkompensation bietet sich die bisher für die Verlängerung der „Vieh“ vorgehaltene und im Eigentum von Straßen NRW befindliche Fläche an. Wir würden hiermit zugleich einen Endpunkt unter ein Thema setzen, das um vieles älter ist, als die Jüngsten hier im Rat. Denn die Geschichte der Straßenplanung geht bereits bis in die 60er Jahre zurück. Die Verlängerung der Viehbachtalstraße mit einem Anschluss an die A3, auch das ist doch inzwischen die Überzeugung einer breiten Mehrheit nicht nur hier im Rat, ist nahezu unrealistisch. Warum also dann die Chance nicht im Sinne des Kompromisses nutzen und die Fläche zur Gewerbefläche umwidmen? Das müsste der CDU doch weniger weh tun als uns Grünen. Wir bieten der CDU heute die Möglichkeit mitzustimmen. Heute können sie Ja sagen zur Gewerbeflächenentwicklung.

Doch hier widersetzt sich die Fraktion der CDU und macht sich damit ein Stück weit unehrlich. Ja, Gewerbe wollen sie zwar schon, aber erst soll geklärt werden, was für ein Gewerbe. Es dürfe die Anwohner:innen nicht stören. Natürlich! Wir Grüne wollen sogar, dass dieses Gewerbe die Anwohner:innen weniger stören wird, als die von ihnen, der CDU, jahrzehntelang geforderte autobahnähnlich Verlängerung der „Vieh“. Dafür wird es Gutachten geben müssen. Aber anstatt eine nachvollziehbare und überzeugende Position zu beziehen, greifen sie lieber uns Grüne an. So gab es im Klima- und Umweltausschuss von ihnen den Vorwurf, dass wir Grüne unsere Umweltziele verraten und die Fläche für Gewerbe preisgeben.

Und ja, wie in den Beschlussvorlagen nachzulesen, sind die Flächen, um die es insgesamt geht, wichtig in ihrer klimatischen Funktion für den Stadtteil. Auch eine Bebauung auf der jetzigen artenarmen Wiese, die als Gewerbeausgleichsfläche dient, ist daher nicht unproblematisch. Und das ist der schmerzliche Teil des Kompromisses für uns Grüne. So konnten wir auch nicht allen Anliegen der Bürgerinitiative folgen, die mit ihren Anträgen weitreichendere Forderungen aufgestellt hatte. Es schmerzt, aber ohne Kompromiss auch keine Lösung. Das ist eben ehrliche Politik.

Und so gibt es ein drittes Ziel. Wir fordern in unserem Antrag eine ökologische Bauleitplanung auf der potenziellen zukünftigen Gewerbefläche! Im dazugehörenden heute vorliegenden Aufstellungsbeschluss zum B-Plan O 596 werden Sie eben auch die schon dahingehende Berücksichtigung gegenüber dem Grünbestand nachlesen können. So werden die kleine Waldfläche und Grünzüge erhalten auf denen ggf. noch weitere Kleingärten angesiedelt werden könnten.

Doch nein, dies ist der CDU nicht genug. Für eine Zustimmung pocht sie auf eine verkehrliche Entlastung, die ja nun auch perspektivisch nicht über einer verlängerten „Vieh“ erfolgen kann, deren Umsetzung aber, siehe oben, maximal unrealistisch ist. Selbst die Bergische IHK sieht vor dem Hintergrund der notwendigen Energie- und Mobilitätswende diese als eine nicht mehr realistische Option an. Da aber auch wir für eine verkehrliche Entlastung sind, laden wir heute die CDU zur Mitarbeit ein. Stimmen Sie in den kommenden Haushaltsberatungen für Mittel für die Verkehrswende, für den Ausbau des Umweltverbundes und setzen Sie sich mit uns ein für ein drittes Gleis in Richtung Köln. Platz für ein drittes Gleis, wie auch für einen möglichen Fahrradweg haben wir ja auch in unserem Antrag westlich der Kleingartenanlage weiterhin vorgesehen.

Aber stattdessen fordern Sie Millionenbeträge für den Straßenausbau, etwa den Kreisel an der Bonner Straße, der doch hauptsächlich dem motorisierten Individualverkehr dient. Dabei müssen wir alle daran arbeiten, dass es weniger Autoverkehr gibt. Die Versprechen der Großväter und der Generation der Planer aus den 60er Jahren einer autogerechten Gesellschaft, sind angesichts der Verkehrszuwächse an ein Ende gekommen. Es braucht weniger Geld in Straßenausbau und mehr Geld für eine umweltgerechte Mobilität. Heute gilt es, historische Weichen für die Zukunft für Solingen zu stellen.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, genau das mit dem heutigen Antrag zu tun. Wir danken unseren Antragspartnerinnen SPD und FDP für den mutigen Schritt und den gemeinsamen Kompromiss. Und es ist Wesen eines Kompromisses, dass auf allen Seiten eine gewisse Unzufriedenheit besteht. Gerade den Klima- und Umweltaktivist:innen muten wir einiges zu. Ja, auch den Anwohner:innen. Doch in Verantwortung für unsere Stadt, die auch von Gewerbe lebt, werben wir um ihre Zustimmung für unseren Antrag.

Vielen Dank!